

CAP Working Paper März 2019

Dr. Barbara Tham

Europawahl 2019

Einstellungen und Erwartungen junger Menschen gegenüber der Europäischen Union

Im Mai 2019 stehen die Europawahlen an und deren Ausgang ist so offen wie nie. Die zur Wahl aufgerufenen Bürger_innen entscheiden über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments (EP) und damit über die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union (EU). Das Wahlergebnis wird zu einer neuen Sitzverteilung im EP führen und es stellt sich die Frage, wie die Stimmverteilung zwischen europafreundlichen und europafeindlichen Parteien ausfallen wird. Die Europäische Union befindet sich im Umbruch und steht vor nie dagewesenen Herausforderungen. Erstmals beabsichtigt ein Mitgliedsland die Gemeinschaft wieder zu verlassen. In vielen anderen Mitgliedsländern rumort es gewaltig. Wirtschaftliche Krisen und soziale Umbrüche lassen das bisherige Vertrauen in ständiges Wachstum und Wohlstand in Europa sinken. Hinzu kommen die Uneinigkeit im Hinblick auf die Asylfrage und die zukünftige Rolle der EU in der Welt. All dies stärkt populistische und nationalistische Entwicklungen in den europäischen Gesellschaften und erschwert die Handlungsspielräume der EU, auf politischem Wege zu gemeinsamen Lösungsstrategien zu gelangen. Nationale Alleingänge nehmen zu und die Bereitschaft, sich auf europäischer Ebene zu einigen, nimmt ab.

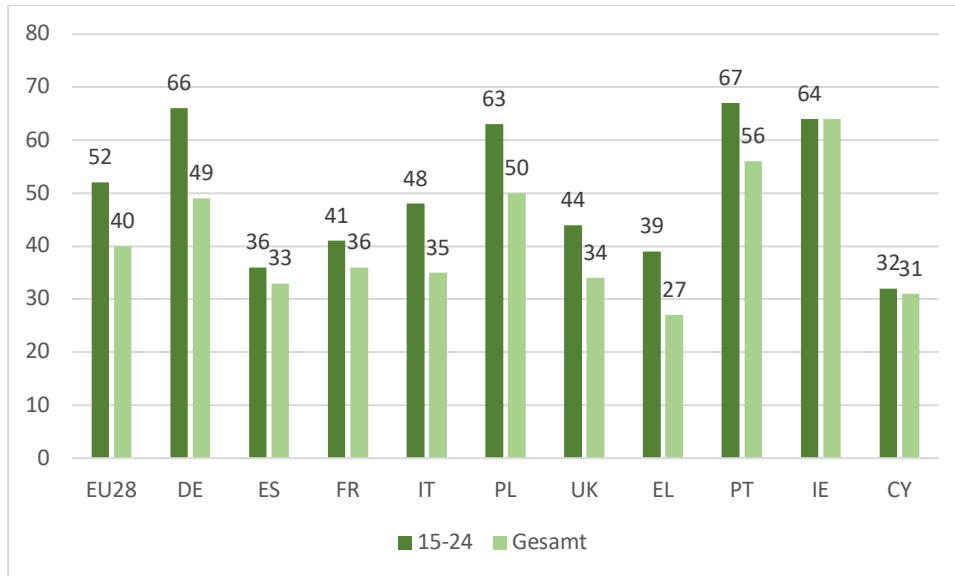
Vor diesem Hintergrund ist es interessant, einen Blick auf die Einstellungen und Erwartungen der jungen Generation zu werfen, wie sie die zukünftige Entwicklung der EU sehen. Für Jugendliche mögen die Institutionen und der Entscheidungsfindungsprozess der EU zwar abstrakt sein, die konkreten Möglichkeiten zur Freizügigkeit in Europa sind jedoch ganz selbstverständlich in ihrem Alltag angekommen und werden rege genutzt. Junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren waren bisher deutlich europafreundlicher eingestellt und haben die Mitgliedschaft ihres Landes immer positiver eingeschätzt als die Gesamtbevölkerung. Im Folgenden wird ein detaillierter Blick auf diese Einstellungsdaten geworfen und auch im Hinblick auf die Beteiligung junger Menschen an den Europawahlen analysiert.

Einstellungen zur EU¹

Europaweit haben junge Menschen von 15-24 Jahre ein überwiegend positives Bild von der EU. 52 % der jungen Europäer_innen sehen die EU positiv, 35 % weder positiv noch negativ und nur 12 % haben ein negatives Bild. Die positive Zustimmung zur EU fällt dabei 12 Prozentpunkte höher aus als in der Gesamtbevölkerung, die dies nur mit 40 % angegeben hat. Innerhalb der Mitgliedstaaten fallen die Antworten auf die Frage jedoch sehr unterschiedlich aus. Während junge Menschen in Portugal (67 %), Deutschland (66 %) und Irland (64 %) besonders positiv gestimmt sind, fallen die Angaben in Zypern (32 %), Spanien (36 %) und Griechenland (39 %) deutlich geringer aus.

¹ Die Daten beruhen auf den aktuellen Eurobarometer-Umfragen der EU:
<http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm>

Schaubild: Positives Bild der EU 2018 (in %)

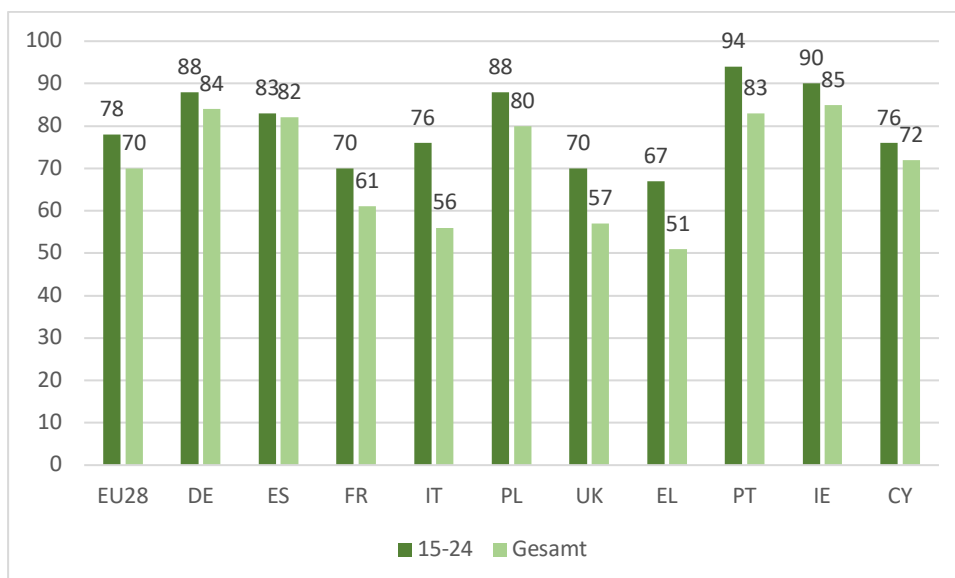


Datenbasis: Eurobarometer 89/2018, QA9

Darstellung für die sechs größten Länder sowie für die Länder, die von der EU zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise Hilfe erhalten haben.

Eine Mehrheit der Befragten in allen 28 Mitgliedstaaten versteht sich selbst als Bürger_in der EU, 70 % der Gesamtbevölkerung und 78 % der Jugendlichen. Diese durchweg positive Zuordnung der jungen Europäer_innen fällt besonders hoch aus in Portugal (94 %), Irland (90 %), Polen und Deutschland (je 88 %). Niedrigere Werte finden sich hingegen in Griechenland (67 %) und Großbritannien (70 %). Mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung (55 %) und 60 % der 15-24jährigen sieht sich hierbei in erster Linie als Bürger_in ihres Landes und dann als Bürger_in der EU.

Schaubild: Das Gefühl Bürger_in der Europäischen Union zu sein 2018 (in %)



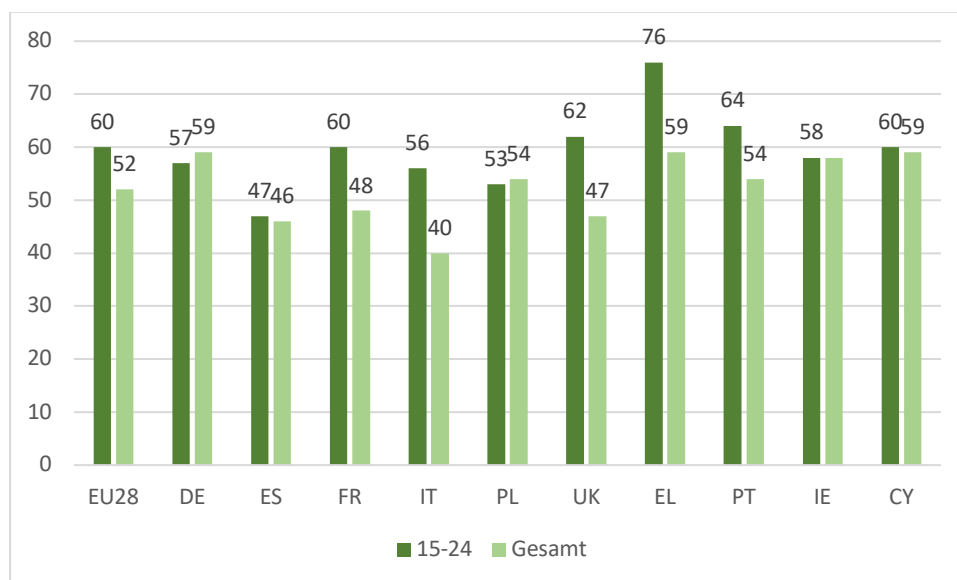
Datenbasis: Eurobarometer 89/2018, QD3

Darstellung für die sechs größten Länder sowie für die Länder, die von der EU zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise Hilfe erhalten haben.

Befragt danach, was die Europäische Union für sie bedeutet, befindet sich die Freizügigkeit eindeutig in allen Mitgliedstaaten und bei allen Altersgruppen an erster Stelle. 52 % der Gesamtbevölkerung und 60 % der Jugendlichen verbinden mit der EU die Freiheit, überall zu reisen, studieren und arbeiten zu können. Dieser Wert ist unter denjenigen, die eine längere Ausbildung absolviert haben oder studieren (jeweils 64 %) nochmals höher. Im Ländervergleich spielt Freizügigkeit besonders bei den jungen Griechen (76 %) und den Portugiesen (64 %) eine große Rolle, Deutschland liegt mit 57 % etwas unter dem EU-Durchschnitt. Jugendliche in Spanien messen hingegen der Freizügigkeit mit 47 % vergleichsweise weniger Bedeutung zu.

Mit deutlichem Abstand werden als weitere Assoziierungen zur EU der Euro, Frieden, kulturelle Vielfalt, mehr Mitsprache in der Welt sowie Demokratie genannt. Erst danach rangieren negative Verknüpfungen wie Bürokratie, Geldverschwendung oder mangelnde Kontrolle an den Außengrenzen der EU.

Schaubild: Die Bedeutung der Europäischen Union 2018: Die Freiheit, überall in der EU reisen, studieren und arbeiten zu können (in %)

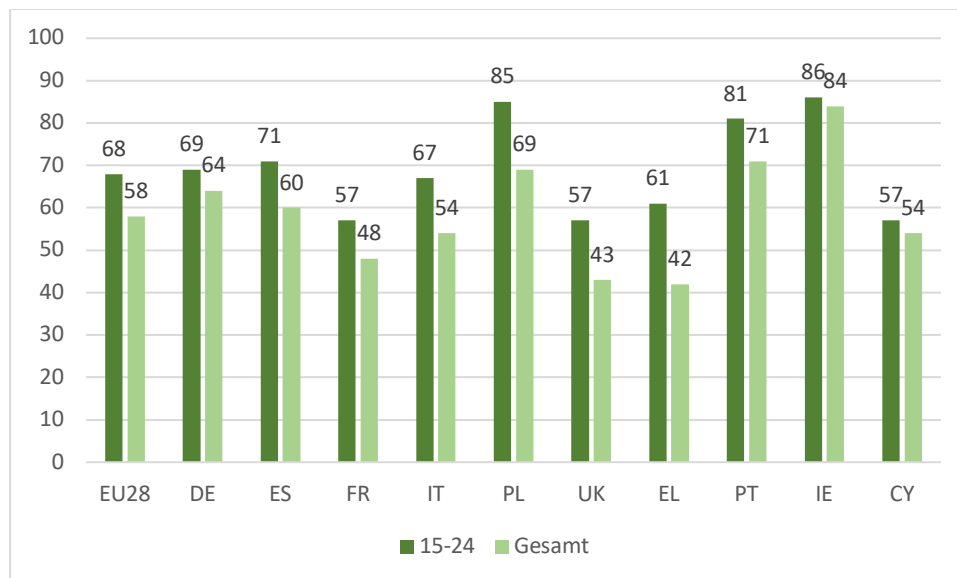


Datenbasis: Eurobarometer 89/2018, QA11

Darstellung für die sechs größten Länder sowie für die Länder, die von der EU zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise Hilfe erhalten haben.

Auch im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der EU sind die jungen Menschen (68 %) zuversichtlicher eingestellt als die Gesamtpopulation (58 %). Am optimistischsten gestimmt sind hierbei die Jugendlichen in Polen (85 %) und Portugal (81 %), während in Zypern, Großbritannien und Frankreich der positive Blick auf die Zukunft mit immerhin noch je 57 % zurückhaltender ausfällt. Auch hier zeigt sich, dass Jugendliche, die bis 20 Jahre oder länger im Bildungssystem verweilen bzw. ein Studium absolvieren, besonders optimistisch in die Zukunft blicken.

Schaubild: Optimismus bezüglich der Zukunft der Europäischen Union 2018 (in %)

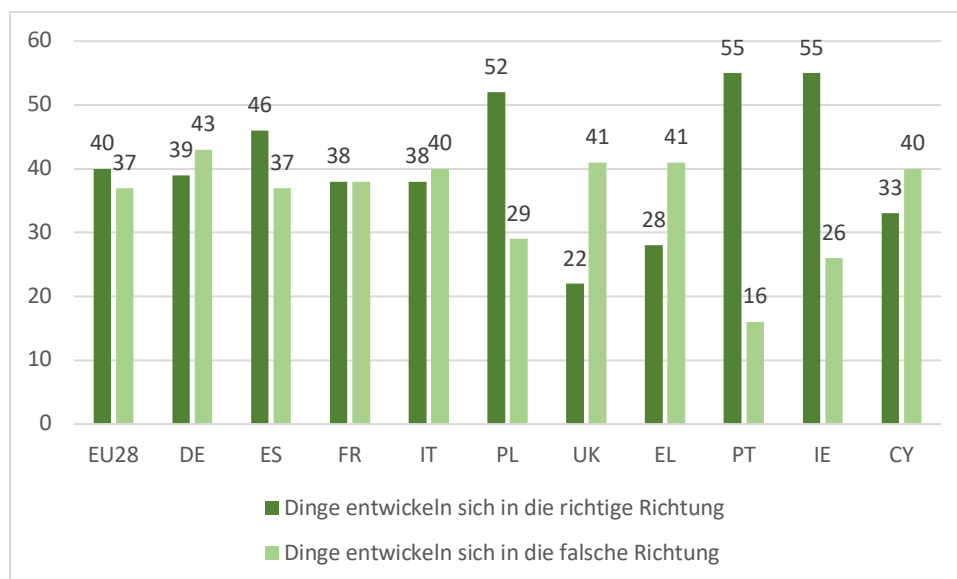


Datenbasis: Eurobarometer 89/2018, QA19

Darstellung für die sechs größten Länder sowie für die Länder, die von der EU zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise Hilfe erhalten haben.

Trotz der im Durchschnitt grundlegend positiven Einstellungen zur EU werden die aktuellen Entwicklungen durchaus auch kritisch gesehen. Befragt danach, ob sich die Dinge in der EU derzeit in die richtige Richtung bewegen, stimmen nur 31 % der Gesamtbevölkerung und 40 % der Jugendlichen zu. Der Auffassung, dass sich die Dinge in die falsche Richtung bewegen sind hingegen 45 % der Gesamtbevölkerung und 37 % der 15-24-jährigen. Die Befürchtungen junger Menschen hinsichtlich der aktuellen Entwicklungen variieren hierbei nur geringfügig (zwischen 37 % in Spanien und 43 % in Deutschland). Nur in Portugal (16 %), Irland (26 %) und Polen (29 %) äußern sich die Jugendlichen weniger kritisch.

Schaubild: Entwicklungen in der Europäischen Union 2018 (in % für die 15 bis 24-jährigen)



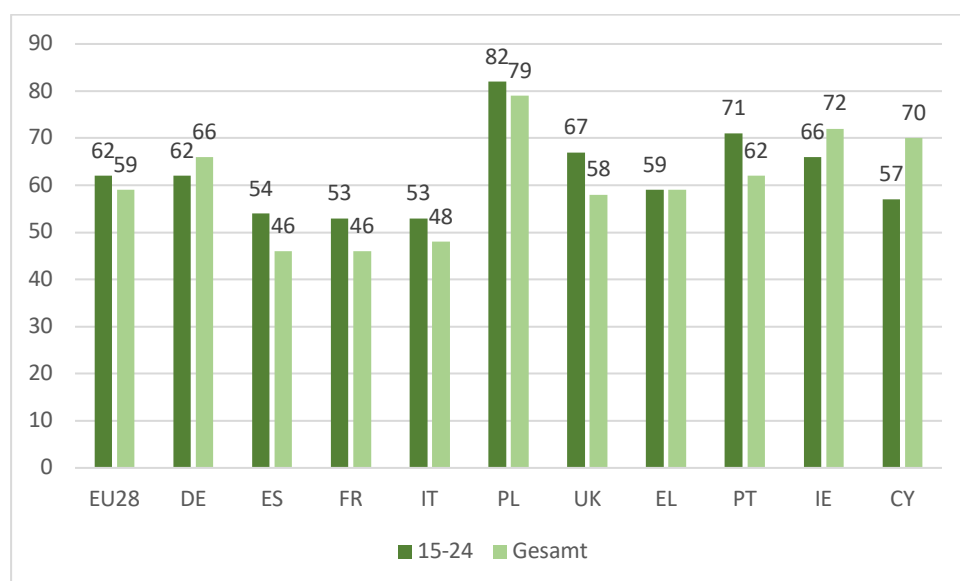
Datenbasis: Eurobarometer 89/2018, QD73a.2

Darstellung für die sechs größten Länder sowie für die Länder, die von der EU zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise Hilfe erhalten haben.

Wissen über die EU

Die Anzahl der EU-Bürger_innen, die erklären, dass sie die Funktionsweise der Europäischen Union verstehen, hat 2018 einen Höchststand erreicht. 59 % der Gesamtbevölkerung und 62 % der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren geben dies an. Im Gegensatz dazu stimmen 39 % der Gesamtbevölkerung und 36 % der Jugendlichen dieser Frage nicht zu. Eine Rolle hinsichtlich des Kenntnisstandes spielt dabei die Bildungsdauer. Während nur 37 % derjenigen, die ihre Ausbildung mit nur 15 Jahren oder früher beendet haben, Kenntnisse angeben, fällt der Anteil derjenigen, die 20 Jahre und länger in Ausbildung sind oder waren, mit 72 % wesentlich höher aus. Innerhalb der zehn dargestellten Länder variiert das angegebene Wissen der Jugendlichen dabei zwischen 53 % bei den Franzosen und Italienern und 82 % bei den Polen. Deutschland liegt mit 62 % im EU-Durchschnitt.

Schaubild: Wissen über die Funktionsweise der Europäischen Union 2018 (in %)



Datenbasis: Eurobarometer 89/2018, QA18a.1

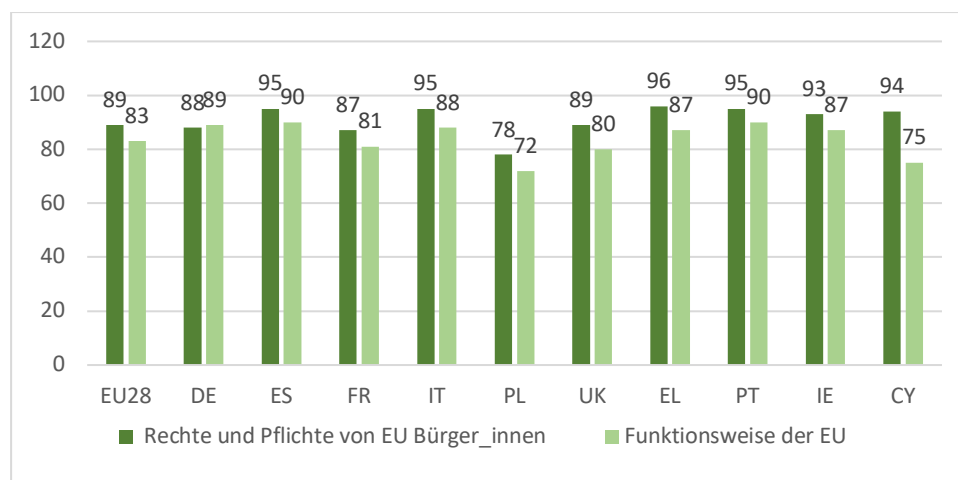
Darstellung für die sechs größten Länder sowie für die Länder, die von der EU zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise Hilfe erhalten haben.

Entgegen der subjektiven Einschätzung über die eigenen Kenntnisse zur EU, fällt das objektiv abgefragte Wissen deutlich geringer aus. Nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten kann z.B. die Frage nach der Anzahl der Mitglieder in der Euro-Zone richtig einordnen, wobei die Unterschiede zwischen den Altersgruppen nicht signifikant anders ausfallen. Ob die Mitglieder des EP direkt von den Bürger_innen der Mitgliedstaaten gewählt werden, kann immerhin von 55 % der Gesamtpopulation und 49 % der Jugendlichen richtig beantwortet werden. In Deutschland wissen unter den 15-24-jährigen insgesamt mehr Menschen (51 %), wie das Europäische Parlament gewählt wird, als unter den 25-39-jährigen (41 %) und den 40-54-jährigen (49 %). Lediglich unter den 55-jährigen und älteren kreuzen mit 61 % noch mehr Menschen die richtige Antwort an.

Hinsichtlich der Möglichkeit, mehr Wissen über die Funktionsweise der EU zu erhalten, zeigen sich junge Menschen durchaus aufgeschlossen. Im Eurobarometer Flash 455 ‚European Youth‘ haben 2017 89 % der 15-30jährigen zugestimmt, dass die nationalen Regierungen die schulische Bildung bezüglich der Rechte und Pflichten von EU-Bürger_innen stärken sollten. Und 83 % der Befragten stimmten zu, dass das Lernen über europäische Angelegenheiten, wie

die Funktionsweise der EU und ihrer Institutionen, die Geschichte der EU oder europäische Kultur verpflichtender Teil der Schulbildung sein sollte.

Schaubild: EU als Thema in der Schule 2017 (in % für die 15-30jährigen)



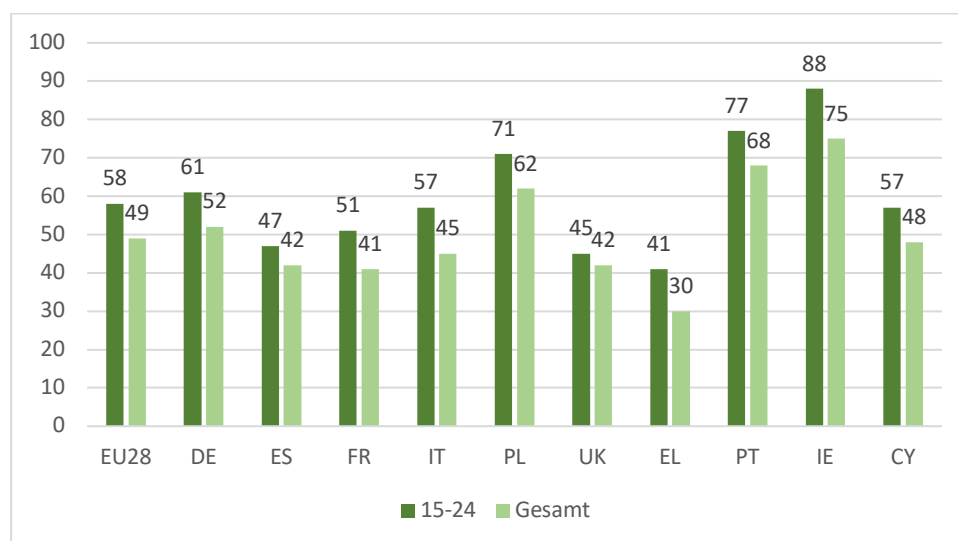
Datenbasis: Flash Eurobarometer 455/2017, Q4.2

Darstellung für die sechs größten Länder sowie für die Länder, die von der EU zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise Hilfe erhalten haben.

Demokratie und Partizipation in der Europäischen Union

Nahezu die Hälfte der Europäer_innen ist mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der EU funktioniert, zufrieden. Die 15-24-jährigen sowie diejenigen, die am längsten im Bildungssystem verweilen, stimmen der Frage am meisten zu. Während im EU-Durchschnitt die 15-24-jährigen zu 58 % angeben, mit der Demokratie in der EU zufrieden zu sein, fallen die Angaben in Irland (88%), Portugal (77 %) und Polen (71 %) bei den dargestellten 10 Ländern am höchsten aus. Deutschland liegt hierbei mit 61 % im Durchschnitt während in Griechenland (41 %), Großbritannien (45 %) und Spanien (47 %) die Zufriedenheit deutlich geringer ausfällt.

Schaubild: Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie in der Europäischen Union 2018 (in %)



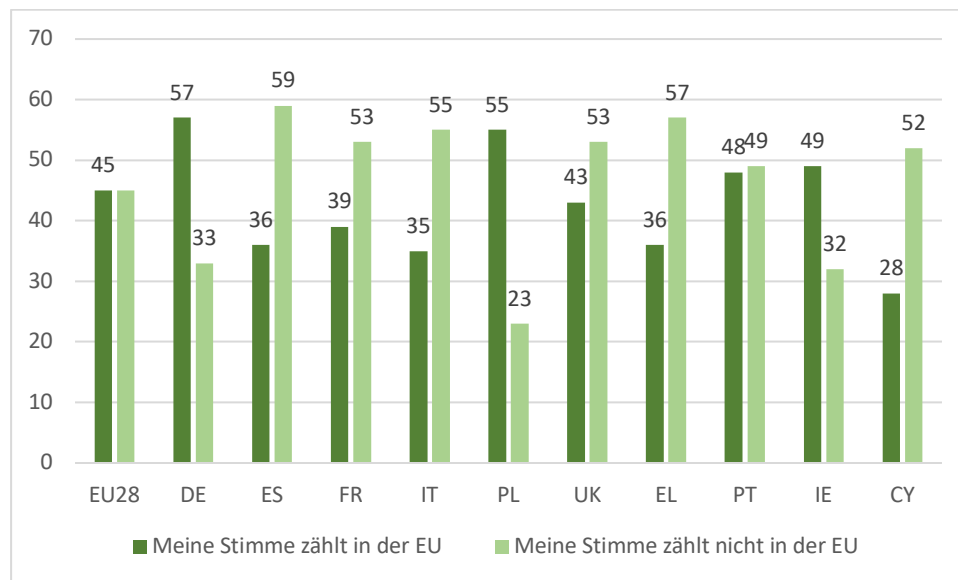
Datenbasis: Eurobarometer 89/2018, QA17b

Darstellung für die sechs größten Länder sowie für die Länder, die von der EU zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise Hilfe erhalten haben.

Obwohl die Bürgerinnen und Bürger mit der Umsetzung der Demokratie in der EU ganz allgemein zufrieden sind, sehen sie kaum konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten zur Gestaltung der europäischen Politik. Sie wissen nicht, wo sie ihre Einstellungen und Erwartungen oder auch ihre Kritik an aktuellen Entwicklungen in der EU einbringen und mit wem sie diskutieren können. Viele Menschen haben das Gefühl, dass ihre Stimme nicht gehört oder berücksichtigt wird. Auch Jugendliche wissen kaum, wie sie sich in und für Europa engagieren und ihren Wünschen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der EU Ausdruck verleihen können. Damit zeigt sich auch weiterhin eine große Distanz zwischen der seitens der Politik proklamierten EU der Bürgerinnen und Bürger und der Vision einer aktiven europäischen Bürgergesellschaft.

Allerdings haben sich die Einstellungsdaten bei dieser Frage in den letzten Jahren deutlich verbessert. Auch wenn weiterhin die Mehrheit der europäischen Bevölkerung der Auffassung ist, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt (49 %), so haben die 45 % derjenigen, die der gegenteiligen Meinung sind, mittlerweile einen Höchststand erreicht. Bei den 15-24-jährigen hat sich ein Patt eingestellt. Je 45 % sind der Auffassung, dass sie gehört werden beziehungsweise bezweifeln dies. Hierbei gibt es allerdings große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Bei der Zustimmung schwanken die Werte zwischen 28 % in Zypern und 57 % in Deutschland. Bei der Ablehnung variieren die Werte gleichermaßen zwischen 23 % in Polen und 59 % in Spanien. Im Hinblick auf die Verweildauer im Bildungssystem fällt die Überzeugung, dass die eigene Stimme in der EU zählt, bei denjenigen am höchsten aus, die 20 Jahre und länger in Ausbildung sind.

Schaubild: Die Berücksichtigung der eigenen Stimme in der Europäischen Union 2018 (in % für die 15 bis 24-jährigen)



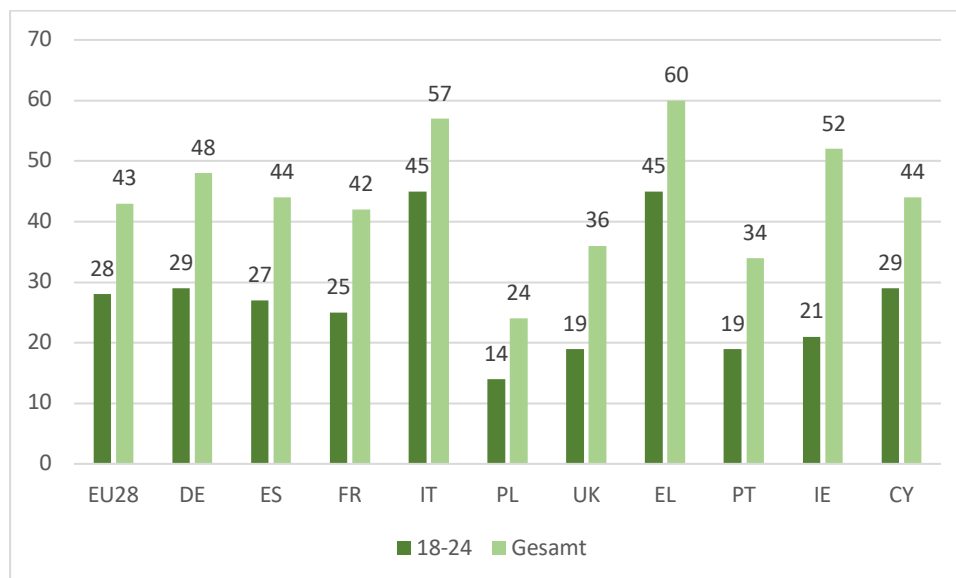
Datenbasis: Eurobarometer 89/2018, QA11

Darstellung für die sechs größten Länder sowie für die Länder, die von der EU zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise Hilfe erhalten haben.

Beteiligung an den Europawahlen

Ende Mai finden in den dann 27 Mitgliedstaaten die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Das EP hat seit den ersten Direktwahlen im Jahr 1979 nicht nur die Anzahl von Abgeordneten infolge der Erweiterungsrounden vergrößert, sondern konnte auch seine Kompetenzen im Rahmen der Vertragsänderungen erheblich erweitern. Trotz der wachsenden Bedeutung des EP hat jedoch die Wahlbeteiligung an den Europawahlen im gleichen Zeitraum ständig abgenommen. Lag die Wahlbeteiligung 1979 noch bei 63 %, so haben sich 2014 nur noch 43 % der EU-Bevölkerung und lediglich 29 % der jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren an den Europawahlen beteiligt. Mit den Verhandlungen zum Brexit und dem Erstarren europakritischer Parteien bis hin zu europakritischen Regierungen in einigen Mitgliedstaaten, ist das öffentliche Interesse an der zukünftigen Entwicklung der EU wieder gestiegen. Dies lässt darauf hoffen, dass die Europawahlen wieder mehr in den Fokus rücken und die Bürger_innen ihr Wahlrecht stärker in Anspruch nehmen, um die Weiterentwicklung der EU mitgestalten zu können.

Schaubild: Wahlbeteiligung an den Europawahlen 2014 (in %)



Datenquelle: Europäisches Parlament: Review. European and national elections figured out. Special Edition, November 2014

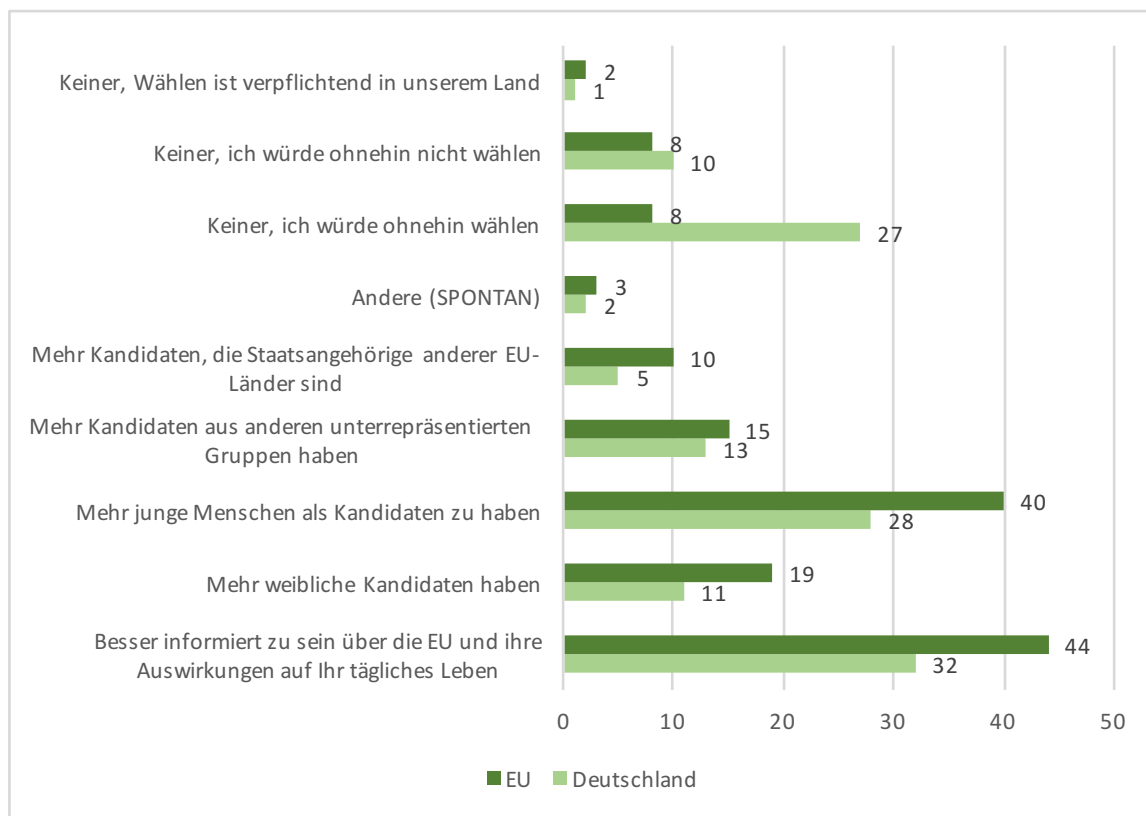
Die Daten für Österreich beziehen sich auf die 16-24jährigen, da hier die 16jährigen bereits wahlberechtigt sind.

Im Hinblick auf die Beteiligung an den Europawahlen 2019 zeigen sich die in der Eurobarometer-Umfrage 89.2 vom Herbst 2018 Befragten noch sehr zurückhaltend. Nur 19 % der Gesamtbevölkerung der EU-27 konnten als Wahltermin Mai 2019 angeben (QA8). Bei den 15-24-jährigen waren dies 16 %. 50 % der Gesamtbevölkerung und 43 % der Jugendlichen gaben hierbei an, dass sie Interesse an den Europawahlen haben (QA9). Auf einer Skala von 1-10 gaben immerhin 31 % der EU-27 an, dass sie nicht wählen gehen, (Skala 1-5), 14 % wollen vielleicht wählen (Skala 6-7) und 49 % beabsichtigen zu wählen (Skala 8-10) (QA10). Bei den Jugendlichen sieht die Verteilung etwas anders aus. 42 % wollen nicht wählen, 17 % vielleicht und 38 % bestimmt.

In der Spezial Eurobarometer Umfrage 477 zu ‚Democracy and Elections‘ gaben im Herbst 2018 44 % der 15-24jährigen an, dass sie sich eher an Europawahlen beteiligen würden, wenn

sie besser über die EU und deren Auswirkungen auf ihren Alltag informiert wären. Weitere 40 % wünschen sich mehr junge Menschen und 19 % mehr Frauen als Kandidaten (QB 6). Während die Angaben zum Informationsbedarf und zur stärkeren Beteiligung von Frauen bei der Gesamtbevölkerung in der EU ähnlich hoch ausfällt, fordern nur 31 % von ihnen mehr jüngere Wahl-Kandidaten.

Schaubild: Gründe für die Wahlbeteiligung an den Europawahlen 2019 (in % für die 15 bis 24jährigen)

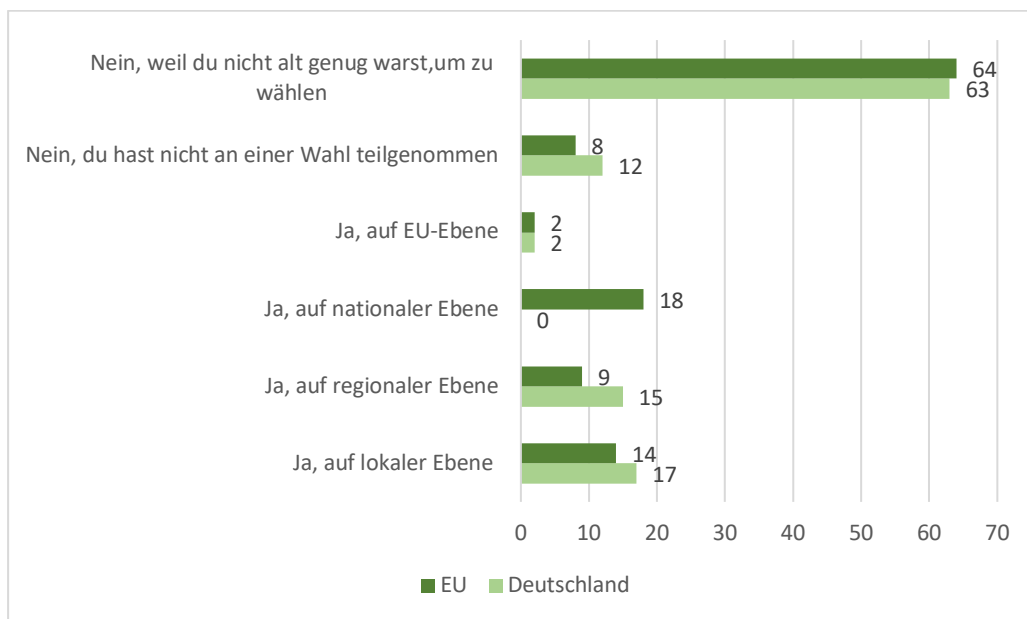


Datenbasis: Special Eurobarometer 477, QB6

Im Gegensatz zu der geringen und über die Jahre abnehmenden Beteiligung an den Europawahlen kann nicht von einer grundsätzlichen Wahlverdrossenheit gesprochen werden. Die Menschen in der EU sehen es durchaus als ihre Pflicht an, wählen zu gehen und kommen dieser auch nach. Auch relativ viele junge Menschen sind prinzipiell bereit, an Wahlen teilzunehmen. Unter den 15-19-jährigen haben in Deutschland nur 12 % nicht an Wahlen teilgenommen, obwohl sie alt genug und wahlberechtigt waren (EU-weit 8 %). Die Angaben für die Nichtwähler_innen variieren in den Altersgruppen 15-30 Jahre nur um wenige Prozentpunkte. Hierbei zeigen sich aber auch deutliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Während im EU-Durchschnitt die Beteiligung an den nationalen Wahlen höher ausfällt, beteiligen sich die deutschen Erst- und Jungwähler_innen stärker auf kommunaler und regionaler Ebene.

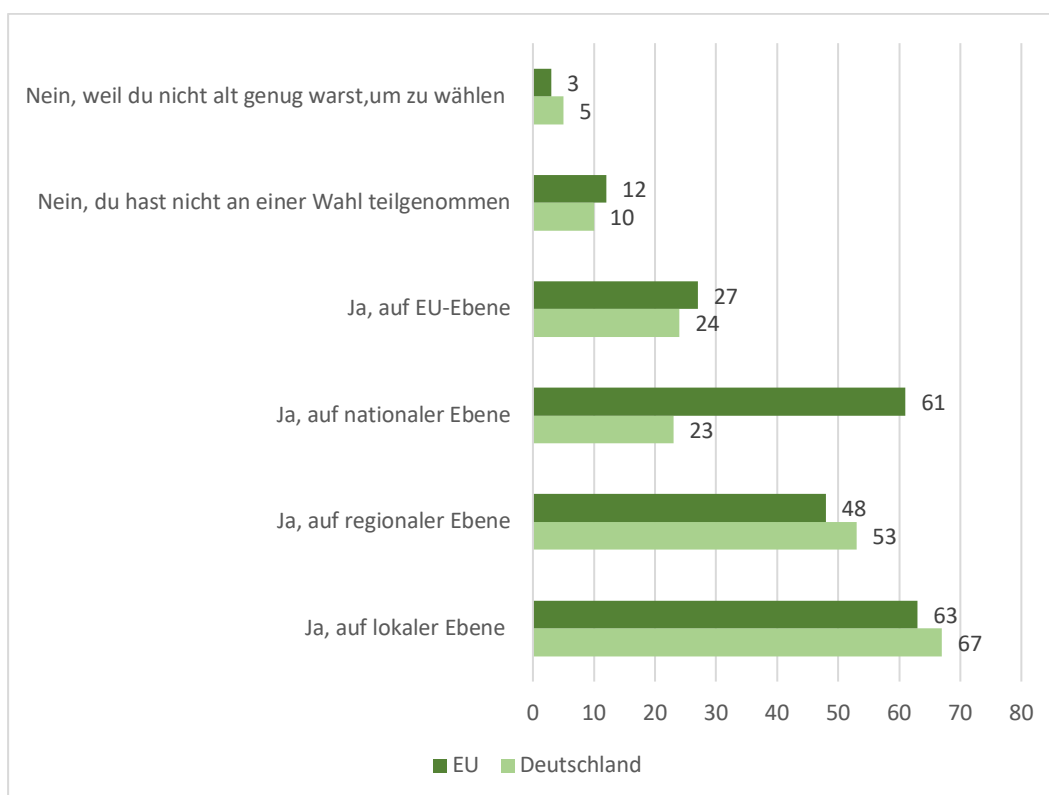
Im Hinblick auf die Europawahlen kann ein deutlicher Anstieg der Wahlbeteiligung bei den höheren Altersklassen festgestellt werden. Mit dem Alter steigt demgemäß nicht nur der Anteil der Wahlberechtigten, sondern auch die Wahlbeteiligung an Europawahlen insgesamt.

Schaubild: Wahlbeteiligung junger Menschen in der Europäischen Union (in % für die 15 bis 19jährigen)



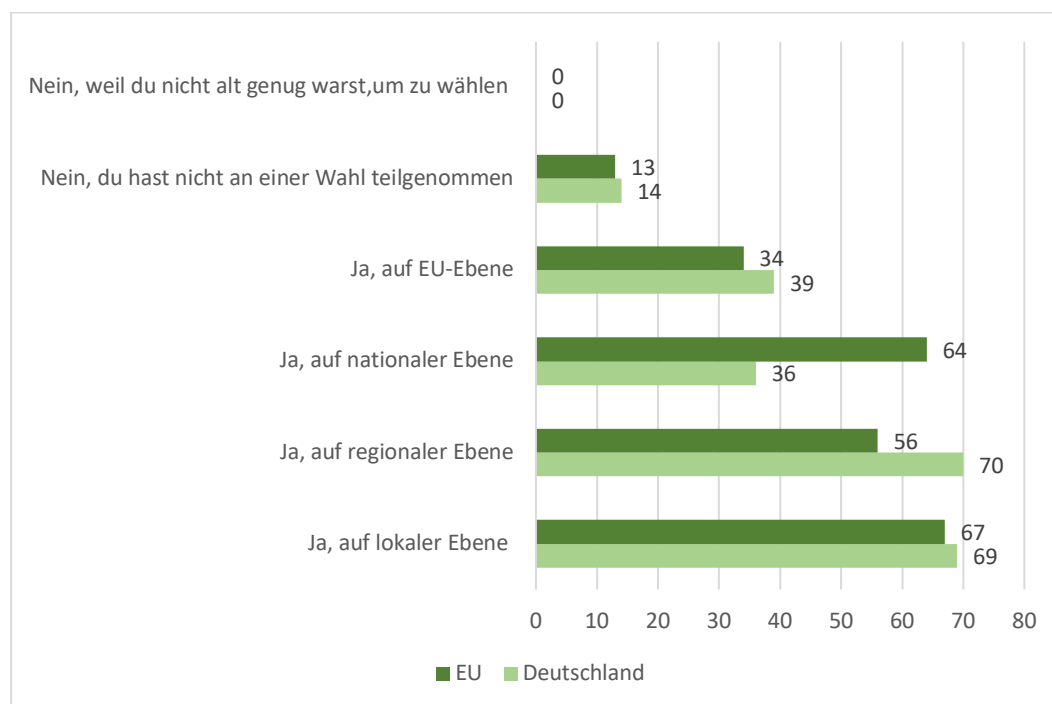
Datenbasis: Flash Eurobarometer 455, European Youth, DX 9

Schaubild: Wahlbeteiligung junger Menschen in der Europäischen Union (in % für die 20 bis 24jährigen)



Datenbasis: Flash Eurobarometer 455, European Youth, DX 9

Schaubild: Wahlbeteiligung junger Menschen in der Europäischen Union (in % für die 25 bis 30jährigen)



Datenbasis: Flash Eurobarometer 455, European Youth, DX 9

Fazit:

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in den vergangenen Jahren die Zustimmungsdaten zur EU wieder gestiegen sind und bei den Jugendlichen überwiegend höher ausfallen als im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Allerdings bestehen weiterhin große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und im Hinblick auf soziodemographische Gesichtspunkte.

Im Hinblick auf das Wissen zur EU und die Absicht zur Wahlbeteiligung weisen die Daten aber auch Unterschiede zwischen den subjektiven Einschätzungen der Befragten und objektiven Sachverhalten und Verhaltensweisen auf. So ist einerseits das vorhandene Wissen über die EU und die tatsächliche Wahlbeteiligung deutlich geringer, als angegeben.

An die vorhandenen positiven Einstellungen zur EU gilt es anzuknüpfen und eine solide Basis für die Einbindung junger Menschen in die zukünftige Entwicklung der europäischen Gemeinschaft zu schaffen. Hierfür ist eine europabezogene Jugend- und Bildungsarbeit erforderlich, der es gelingt, junge Menschen für eine aktive Beteiligung an Europa und europäischer Politik zu sensibilisieren und motivieren.

Jugendlichen müssen konkrete Beteiligungsmöglichkeit aufgezeigt werden, wie sie sich und ihre Interessen in die Gestaltung europäischer Politik einbringen können. Dafür ist zunächst die Vermittlung jugendrelevanter Hintergrundinformation wichtig, die Förderung des Verständnisses der Funktionsweise der EU, lebensnahe Angebote zur Auseinandersetzung mit europäischer Politik und vor allem viel Begegnung und Austausch zwischen jungen Menschen in Europa, um sich mit den unterschiedlichen Lebensverhältnissen, ihren Wünschen für die Zukunft und konkreten Mitwirkungsmöglichkeiten auseinander setzen zu können. Nur so kann eine aktive europäische Bürgerschaft entstehen, die neue und kreative Ideen für die Zukunft der EU entwickeln und umsetzen kann, die die Interessen und Anliegen junger Menschen in Europa berücksichtigt. Das Potential für eine solche Entwicklung ist in der jungen Generation, die ohne Grenzen in Europa aufgewachsen ist, durchaus vorhanden. Es gilt sie nunmehr aktiv zu nutzen und voran zu bringen.